

KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

STRASSGANG

Mega-Wohnbau ohne Verkehrskonzept

Im Riesen-Wohnbauprojekt zwischen Martinhofstraße und Straßgangerstraße mit geplanten 650 Wohnungen konnte die KPÖ-Fraktion erreichen, dass dem Bebauungsplan im Gemeinderat erst zugestimmt wird, wenn die Finanzierung der notwendigen Verkehrsmaßnahmen

durch Stadt und Land gesichert ist, freut sich Klubobmann Sepp Schmalhardt. Immerhin sind mindestens 1000 Autos täglich mehr zu erwarten. Der Bebauungsplan wurde zurückgezogen und kann erst bei Vorliegen entsprechender Verträge wieder vorgelegt werden.



LIEBENAU

Kostbares Wasser

In Liebenau sind viele Haushalte noch nicht an das öffentliche Netz angeschlossen. In letzter Zeit lassen Qualität und Zuverlässigkeit der Hausbrunnen immer mehr zu wünschen übrig; oft ist das Brunnenwasser als nicht mehr „genusstauglich“ eingestuft. Allerdings sind die Anschlusskosten ans öffentliche Netz sehr hoch. Bezirksvorsteher-Stellvertreter Max Korp (KPÖ): „Jeder sollte sich den Zugang zu gesundem Wasser leisten können.“

KPÖ-Gemeinderat Sepp Schmalhardt kritisiert: „Während Gesamtprojekte für ganze Straßenzüge von der öffentlichen Hand gefördert werden, gibt es keine Regelung für Einzelschlüsse. Durch Umwelteinflüsse entsprechen immer mehr Hausbrunnen plötzlich nicht mehr den hygienischen Vorschriften oder trocknen aus.“ Er fordert für solche Fälle daher eine Förderung der Wasser-Anschlusskosten durch Stadt und Land.



GÖSTING

Aufgeig'n

Bereits zum vierten Mal fand in Gösting das Neujahrs-Aufgeig'n statt. Dabei zogen Bezirksvorsteher Michael Ehmann und Bezirksvorsteher Stv. Gerhard Strohriegl (KPÖ) am 30. Dezember, gemeinsam mit den „Geisthalern“ aus, um den Göstinger Bürgern ein Gutes Neues Jahr zu wünschen. Die Aktion wurde begeistert aufgenommen.

Unmut

Auf großen Unmut bei Bevölkerung und Bibliothekaren sto-



ßen die neuen Öffnungszeiten der Bezirksbibliothek in der Wienerstraße. Die Bibliothek ist dienstags und donnerstags erst ab 11.00 Uhr geöffnet. „Die meisten Leser sind ja früher auf den Beinen, um ihre Besorgungen zu erledigen. Um elf wollen sie schon wieder zu Hause sein, um das Mittagessen zuzubereiten“, ärgert sich BV-Stv Gerhard Strohriegl (KPÖ) über die mangelnde Kundenfreundlichkeit.

ANDRITZ



Protest gegen Einfahrtsgebühr Sturzgasse: Einmal Hüh, einmal Hott bei SPÖ und ÖVP

Andritz. Dass Bezirkspolitiker anders denken als Gemeindepolitiker, zeigte die Bezirksratssitzung in Andritz am 30. 11. 06. SPÖ wie auch ÖVP stellten jeweils einen Antrag, den Beschluss, ab Anfang Juni in der Sturzgasse eine Einfahrtsgebühr von 4 Euro einzuheben, wieder rückgängig zu machen.

„Erstauulich, denn SPÖ wie auch ÖVP haben diesen Beschluss im Gemeinderat unterstützt!“, bemerkt KPÖ-Gemein-

derätin Gerti Schloffer. Wie bekannt, stimmte die KPÖ angesichts der zu erwartenden Konsequenzen damals im Gemeinderat dagegen. „Anscheinend haben jetzt auch die Bezirkspolitiker von Rot und Schwarz erkannt, welche Folgen es mit sich bringt, wenn die Leute ihren Hausrat nicht mehr gratis entsorgen können und versuchen werden, ihren Müll auf unkonventionelle Art loszuwerden“, stellt KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer fest.

MARIATROST

MI:LD

Maßnahmen gegen den Verkehrslärm fordert die im Herbst gegründete, überparteiliche Bürgerinitiative „MI:LD – Mariatroster Initiative: Lebenswertes Dasein“. Auf Betreiben der MI:LD führte das Umweltamt im November Messungen durch, wonach der Lärm-Grenzwert regelmäßig um das 30fache überschritten wird.

Auf Anregung von MI:LD hat der Bezirksrat Mariatrost beschlossen, 2007 zu einer mobilen Geschwindigkeitsanzeige 1.500 Euro zuzuschießen. MI:LD plant eine Benefizveranstaltung mit Jörg-Martin Willnauer, um den Restbetrag aufzutreiben. Interessenten melden sich bei Dr. Elmar Ladstädter, 8043 Graz, Dr. Eckenerstr. 1, oder per e-mail an mi.ld@utanet.at.

LEND / GRIES

Nahverkehrs- knoten sofort!

„Mit einer Verkehrslösung beim Eggenberggürtel, Bahnhofgürtel und rund um den Hauptbahnhof können wir nicht bis 2015 warten. Die Verkehrsprobleme haben wir jetzt, und zwar ganz unabhängig davon, ob ein neues Einkaufszentrum gebaut wird oder nicht!“, warnt Gemeinderat Johann Slamanig. Vorrangig sei eine Lösung, die den Autoverkehr und den öffentlichen Schienenverkehr auch räumlich trennt. „Mit halbherzigen Zwischenlösungen verursachen wir nur eine Prolongierung des Problems und eine Erhöhung der endgültigen Kosten für ein Gesamtverkehrskonzept!“, betont der Verkehrssprecher der KPÖ-Graz.